

# Besprechungen und Anzeigen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV**

Band (Jahr): **59 (1940)**

PDF erstellt am: **19.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Besprechungen und Anzeigen

---

**Kommentar z. Schweiz. Zivilgesetzbuch** (von Egger, Escher, Haab usw.) 2. Aufl., VI. Band, I. Teil: **Die kantonalen Erlasse** zum ZGB und OR. 1. Lief. v. Bundesrichter **Dr. W. Schönenberger**. (Schultheß & Cie.) Zürich 1939.

Vom Schultheß'schen Kommentar erscheint soeben die erste Lieferung des VI. Bandes, der die kantonalen Erlasse zu ZGB und OR enthalten soll und deren mühevollen Sammlung und Herausgabe Bundesrichter Dr. W. Schönenberger in verdankenswerter Weise übernommen hat. Diese Erlasse sind auf den Stand vom August 1939 nachgeführt und demgemäß gegenüber der 1. Auflage völlig neu bearbeitet. Die erste Lieferung beginnt, da die Kantone in alphabetischer Reihenfolge berücksichtigt sind, mit den Erlassen von Aargau und Appenzell A.-Rh. Jeder Halbband soll ein Sachregister enthalten. Wir wünschen diesem brauchbaren Werke einen guten Fortgang und baldigen Abschluß.  
H.

**Guhl, Theo** (Prof., Bern): **Vom Bürgen**. Rektoratsrede am Berner Dies academicus 18. Nov. 1939. Bern 1939 (Paul Haupt).

In seiner Berner Rektoratsrede sprach Prof. Guhl in klarer, zusammenfassender Weise über das Wesen der Bürgerschaft, ihre Gefährlichkeit und die neuesten Anstrengungen des schweizerischen Rechts (bes. des Entwurfs von 1939), diesen Gefahren zu begegnen.  
H.

**de Steiger, F.** (Chef de l'Office féd.): **Les raisons de commerce en droit suisse**. Edition française par J. G. Favéy. Zurich 1939 (Editions Polygraphiques S. A.) 83 p. Fr. 4.—

Diese Broschüre enthält eine Übersetzung ins Französische des „Schweizerischen Firmenrechts“ von Fürsprech F. v. Steiger, dem Chef des Eidg. Amtes für das Handelsregister. Die Übersetzung besorgte Handelsregisterführer Favéy in Lausanne. Wir wünschen dem trefflichen Werke, das wir bereits 1939 (S./115) besprochen haben, nun auch im welschen Sprachgebiet die gebührende Verbreitung.  
H.

**Dukor, Dr. Benno** (Priv.doz. f. Psychiatrie, Basel): **Das schweizerische Eheverbot für Urteilsunfähige und Geisteskranke.**

Der Verf. konnte auf Grund der Akten von 133 Verfahren auf Prüfung der Ehefähigkeit, die ihm von Irrenanstalten, Gerichten und Behörden zur Verfügung gestellt wurden, einen interessanten Überblick gewinnen über die Anwendung von ZGB 97, welcher Artikel nicht bloß als ein privatrechtlich, sondern zugleich sozialhygienisch begründetes Eheverbot für Geisteskranke aufgefaßt wird. Der Verf. sieht im Eheverbot etwas Unvollkommenes, das die Betroffenen zur Zeugung von unehelicher Nachkommenschaft im Konkubinat veranlasse; er sähe daher de lege ferenda lieber, wenn als Folge des Gedankens von Art. 97 die Sterilisation zugelassen, dafür aber der Eheschluß der Sterilisierten erlaubt würde. H.

**Weisflog, Dr. H.** (†): **Rechtspflege-Gesetze des Kantons Zürich**, nebst einer Sammlung prozeßrechtlicher Staatsverträge, Nebengesetze und Verordnungen. 2. durchgeseh. u. erweit. Aufl. Zürich 1939 (Verl. Buchdruckerei a. d. Sihl AG.). 798 S. Fr. 15.

Diese zweite Auflage der brauchbaren Taschenausgabe ist vor allem erweitert durch die Aufnahme von Staatsverträgen (z. B. Zusatzvertrag z. schweizer.-franz. Gerichtsstandvertrag und verschiedene Vollstreckungsabkommen). Ein ausführliches Sachregister erleichtert den Gebrauch. H.

**Keel, Dr. F. J.** (Zürich): **Juristische Terminologie** nach schweizerischer Lehre und Praxis. Zürich 1939 (Schultheß & Cie). 250 S.

Der Verf. legt hier eine Sammlung von Definitionen der im schweizerischen Rechtsleben gebräuchlichsten Rechtsausdrücke (*termini technici*) vor. Zum großen Teil sind es Fremdwörter, die dem römischen Rechte entstammen; einige wenige gehen auf mittelalterlich-deutsche Ausdrücke zurück. Die Aufgabe war nicht ganz leicht, da gerade in der Schweiz meist absichtlich vom Gesetzgeber vermieden wird, mit einem technischen Ausdruck einen eng begrenzten Begriff zu bestimmen, um dabei mit der Sprache des Volkes nicht in Konflikt zu geraten; unser ZGB schuf keine technische Rechtssprache, wie etwa das deutsche BGB. Die vom Verf. geprägten Definitionen sind knapp und klar. Wertvoll ist vor allem auch, daß sie stets mit Gesetzes- oder Literaturhinweisen versehen sind. Das Büchlein wird somit vor allem für den angehenden Juristen ein nützlicher Wegweiser sein. His.

**Kellenberger, Dr. Ed.** (PD. Bern): **Kapitalexport und Zahlungsbilanz**, I. Bd.; 2. Heft von Theorie u. Praxis des schweiz. Geld-, Bank- u. Börsenwesens. Bern 1939 (A. Francke AG.) 309 S. Fr. 12.50.

Die vorliegende Untersuchung hat zwar keinen juristischen Inhalt, aber sie ist eine interessante volkswirtschaftskundliche Zusammenstellung über den Zu- und Abfluß des Geldes, was stets wieder rechtliche Maßnahmen veranlaßte. Der Verf. behandelt die Geldbewegung in der Kriegskrise (1914/15) und in der gehemmten Kriegs- und Nachkriegsblüte (1915—20), dann den Niedergang zu Beginn der Zwanzigerjahre (1921/22), und der folgenden Stockung und im Aufschwung (1923—26), und der Blüte von 1927—29. Der in Aussicht gestellte II. Band soll den Konjunkturzyklus von 1930—39 darstellen, sowie die Geschichte und Kritik der Ideen und Theorien über den Kapitalexport und die Theorie desselben selbst enthalten.

**Perret, Dr. Charles:** **Die eidg. Krisenabgabe 1939—1941.** Zweites Handbuch des Krisenabgaberechtes. Zürich 1939 (Polygr. Verlag AG.) 111 S. Fr. 4.50.

Diese handliche Ausgabe des einschlägigen Bundesratsbeschlusses vom 16. Dezember 1938 (ergänzt 18. April 1939) und der Verfügung des eidg. Finanz- und Zolldepartements vom 12. Januar 1939 enthält wertvolle kurze Erläuterungen der für den Praktiker wichtigsten Artikel und wird, wie das schon erschienene Handbuch, gute Dienste leisten können. H.

**Ruek, Erwin** (Prof., Basel): **Schweizerisches Verwaltungsrecht.** Bd. I. Allg. Teil. 2. Auflage. Zürich, ohne Datum (Polygr. Verlag AG.) 179 S. Fr. 10.—.

Nachdem das schweizerische Verwaltungsrecht des Basler Staatsrechtslehrers eine günstige Aufnahme gefunden hatte, ist nun bereits eine zweite Auflage notwendig geworden, da ein solches Werk unserer schweizerischen Rechtsliteratur überhaupt fehlt. Das Buch, das auf gelehrten Apparat und wissenschaftliche Auseinandersetzungen verzichtet, eignet sich vor allem als Einführung in die Materie für Studenten und Laien. Es beschränkt sich auf die großen Linien des Systems und der Dogmatik des Verwaltungsrechts, vor allem desjenigen des Bundes. Seine Anwendung auf das vielgestaltige kantonale Verwaltungsrecht kann daher nur unter vorsichtiger Prüfung der kantonalrechtlichen Abweichungen und Details erfolgen. Originell ist die Skepsis des Verf. gegenüber dem Begriffe „Rechtsstaat“ (S. 130), unter welchem nur ein ganz relatives

rechtspolitisches Programm, ein „Schlagwort“, aber kein absoluter Begriff verstanden wird.

Der um die Herausgabe dieses Werkes verdiente Polygraphische Verlag AG. pflegt seine Verlagswerke nicht, wie die andern Verleger, zu datieren; vielleicht sollen seine Verlagswerke dadurch vor dem Altwerden geschützt werden. Dies hat bei juristischen Werken den Nachteil, daß der Benützer nicht auf dem Titelblatt das Erscheinungsdatum nachschlagen kann und damit auch nicht feststellen kann, ob seither erlassene Gesetze im Werke schon berücksichtigt sind oder nicht. Es wäre zu wünschen, daß diesem Mangel in Zukunft abgeholfen würde.

His.

**Lampert, Ulrich** (Prof., Freib. i. Ü.): **Kirche und Staat in der Schweiz.** Bd. III. Freib. 1939 (Universitätsbuchh.). 242 S. Fr. 18.—. Alle 3 Bde Fr. 62.50.

Das Erscheinen des I. und II. Bandes dieses Werkes wurde von uns s. Zt. hier gewürdigt (Bd. 49 S. 119 f. und Bd. 57 S. 147 f.). Nun ist als Abschluß des großangelegten Unternehmens der III. Band erschienen, der lediglich Quellen zur Darstellung in den früheren Bänden enthält. Unter 88 Nummern sind in extenso oder auch auszugsweise abgedruckt zahlreiche Bestimmungen aus päpstlichen Enzykliken, Bullen und Breven, aus Staatsverträgen und kirchenpolitischen Konkordaten und zuletzt die kirchenrechtlichen Artikel der Bundesverfassung und der Kantonsverfassungen usw. Man wird auch diesen Schlußband aufs freudigste begrüßen. Das Studium der Quellen ist unerläßlich für die richtige Erkenntnis der Verhältnisse von Staats- und Kirchenrecht; die vorliegenden Akten geben vor allem Aufschluß über die vielgestaltige Bistumsorganisation der Schweiz und was noch drum und dran hängt, seit den Tagen der Auflösung des Bistums Konstanz und der Reorganisation der schweizerischen Diözesen (seit 1814). Auch manche neueste Dokumente sind von hohem Interesse, so die Eingabe des Walliser Staatsrats an die Kurie von 1918, die, wie die Antwort zeigt, keinen vollen Erfolg hatte, oder die Kompetenzabgrenzung von 1933 zwischen dem Bischof von Sitten und dem Abte von St. Maurice. So hat man nun in diesem Bande die wichtigsten Normen über das Verhältnis der Staatsgewalt zur römischen Kirche in chronologischer Anordnung bequem zur Hand. Auch die Rechtsbeflissenen auf protestantischer Seite werden sich hierüber freuen; denn die Edition scheint, wie ein erster Einblick zeigt, mit Sorgfalt ausgeführt. Der Verf. bemerkt im Vorwort mit Recht, manche Bestimmungen seien

auch für das Verhältnis zu andern Kirchen von Bedeutung. Dem unermüdlichen Freiburger Forscher wird man auch von dieser Seite aus zum Abschluß dieses Werkes herzlich Glück wünschen dürfen. His.

**Fleiner, F. †: Institutionen des Deutschen Verwaltungsrechts**, 8. neubearb. Aufl. Neudruck für die Schweiz. Zürich, ohne Datum (Polygraph. Verlag A.G.). 449 S. Fr. 16.—

Während Fleiners Institutionen, die zuletzt in 8. Auflage im Jahre 1928 erschienen sind, für das heutige Deutsche Reich ihre praktische Verwendbarkeit zur Hauptsache verloren haben, besitzen sie, da sie auf liberalen Ideen aufgebaut sind, immer noch ihren Wert für das schweizerische Verwaltungsrecht. Man wird es darum vorteilhaft finden, daß ein Schüler Fleiners einen Neudruck „für die Schweiz“ besorgt hat, zumal das Buch seit einiger Zeit vergriffen war. H.

**Logoz, Paul: Commentaire du Code Pénal Suisse.** Partie générale (art. 1 à 116). Fascicule I. Introduction art. 1—20. Neuchâtel et Paris (Edit. Delachaux & Nestlé S. A.). Fr. 4.— par fascicule.

Der Mitherausgeber unserer Zeitschrift, Nationalrat Prof. P. Logoz (Genf), bringt hier das erste Heft eines Kommentars zum schweiz. StrGB heraus, der um so freudiger wird begrüßt werden, als man weiß, daß der Kommentator zu den sachkundigsten Mitarbeitern an diesem Gesetzeswerke zählt, so daß seinen Erläuterungen eine besondere Bedeutung zukommen wird. Wir beschränken uns einstweilen mit dieser Voranzeige.

**Müller, Dr. Hans: Zur Geschichte der bindenden Gesetzesauslegung.** Heft XIV der Prozeßrechtl. Abhandl., hg. v. H. Titze u. A. Schönke. Berlin 1939 (C. Heymanns Verl.). 122 S. Rm. 9.60.

Der Verf. behandelt ein historisch interessantes Problem, das in Deutschland unlängst wieder aktuell geworden ist: die Frage, ob durch eine besondere Behörde die Fälle der bestrittenen Gesetzesinterpretation bindend entschieden werden sollten. König Friedrich II. von Preußen hatte 1780 die Preußische Gesetzeskommission geschaffen, welcher u. a. diese Aufgabe zufiel; schon 1798 wurde allerdings die Anfragepflicht des Richters in Zweifelsfällen aufgehoben, so daß die Kommission nur noch bei der Gesetzgebung konsultativ mitzuwirken hatte, bis sie 1806 ihre Tätigkeit einstellte. Später machte die „authentische Interpretation“ mehrfache Wandlungen durch; nach

Inkrafttreten des BGB (1900) wurde häufig gefordert, daß die authentische Interpretation entweder vom höchsten Gerichtshof oder von einer besondern Behörde ausgehen solle. Land- (später Reichs-)Gerichtsrat A. Zeiler schlug 1907 die Schaffung eines besondern „Reichsamtes für Gesetzesauslegung“ vor und fand dabei weitgehende Zustimmung; doch blieb ihm der praktische Erfolg versagt. Angefochten wurde der Plan vor allem vonseiten der Freirechtler und mit Hinweis auf eine drohende Erstarrung der Rechtsentwicklung. Eine Verordnung vom 14. Dezember 1933 überträgt die Wahrung der einheitlichen Gesetzesauslegung der Rechtsprechung (wie bisher). Der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund hat aber den Vorschlag gemacht, es sollten die Rechtsmittel im Strafverfahren abgeschafft und dafür zur Garantie der Rechtsprechungseinheit eine besondere Behörde errichtet werden. Mit diesem Postulat setzt sich die vorwiegend historische Abhandlung nicht mehr auseinander.

His.

**Del Vecchio, Giorgio** (Prof., Rom): **Lehrbuch der Rechtsphilosophie.** 487 p. (Verlag für Staatswissenschaften und Geschichte) Berlin 1937.

Dans la brève préface qu'il donne à cet ouvrage, le Professeur Emge de Berlin écrit qu'il ouvre une série de traductions d'auteurs italiens de philosophie juridique.

On ne pouvait plus dignement inaugurer cette entreprise destinée à montrer ce qu'il y a de „substance spirituelle commune aux deux peuples italien et allemand“ (c'est toujours Emge qui écrit). Le livre de Del Vecchio est riche en effet de la meilleure et universelle spiritualité humaine. Modestement, il se taxe lui-même de livre d'étudiants. Il veut remplacer par le texte même du Maître les cahiers lithographiés dont, paraît-il, cette jeunesse use et abuse. En réalité, par la richesse du fond et la qualité de la forme, il est un instrument de travail excellent, non seulement pour les candidats, mais pour tout juriste qui tient à méditer sur les fondements de sa science.

Une introduction définit la philosophie du droit, lui assigne sa tâche et la situe dans le groupe des disciplines voisines comme la sociologie, l'économie politique, la science pratique du Droit, enfin en précise la méthode.

Puis Del Vecchio en moins de 200 pages a réussi ce tour de force de donner une excellente histoire des doctrines juridiques, dès les penseurs présocratiques jusqu'à nos jours. Bien des exposés, certes, sont sommaires. Mais les traits caractéristiques de chaque courant d'idées sont si judicieusement choisis,

qu'il reste dans l'esprit une vue d'ensemble parfaitement nette. Des annexes bibliographiques renseignent sur les oeuvres de philosophie juridique les plus récentes dans les divers pays.

Vient ensuite la partie systématique du livre, subdivisée elle-même en trois sections:

1. Le concept du Droit. Il s'agit d'en donner la définition logique (Begriff) que l'auteur distingue nettement de l'Idée du Juste (Ideal des Rechtes), puisque cette définition logique doit s'appliquer au Droit naturel comme au Droit positif. On trouve dans cette section les analyses habituelles de la notion de Droit objectif, de celle de sources du Droit objectif, de celle de droit subjectif, etc. . . . L'auteur y traite encore de la Société, de l'Etat, des relations entre l'Etat et le Droit.

2. La deuxième section est consacrée à l'évolution historique du Droit. On y parle des travaux de Bachofen, Maine, Spencer et d'autres savants de cette lignée. On rappelle les étapes successives et constantes qu'ils ont trouvées, ou cru trouver, du développement juridique des peuples, anciens et modernes, sauvages et civilisés; de là on arrive à une page optimiste affirmant une tendance générale au progrès dans l'évolution juridique. J'avoue que tout cela paraît aujourd'hui quelque peu désuet; en tous cas c'est trop sociologique pour mon goût.

3. Dans la troisième section, Del Vecchio cherche et pose le fondement rationnel du Droit. Il réfute le scepticisme, l'historicisme, le positivisme, l'utilitarisme, et le théologisme, pour faire adhésion aux conceptions du Droit naturel. Pour lui, comme pour l'Ecole des XVIIe et XVIIIe siècles, le Droit a son origine dernière dans la nature de l'homme. Mais à la différence des Grotius, Pufendorf et Burlamaqui, il entend par cette origine, la justification éternelle du Droit en Raison parce qu'est l'homme en soi, non pas la prétendue provenance du Droit au cours du temps d'un préhistorique „état de nature“. Il se livre donc à une pénétrante analyse de la personnalité humaine et de son attitude métaphysique nécessaire en face des faits et des choses. L'homme doit prendre conscience de sa domination comme sujet sur l'objet, et doit en tirer ce commandement: agir comme un être autonome. Si l'homme s'y refuse, „ipse se fugiet“ dit-il avec Cicéron. De là des axiomes d'une beauté toute Kantienne. Ce Droit naturel ainsi retrouvé, Del Vecchio affirme qu'en fait il pénètre de plus en plus le Droit positif (encore son optimisme!); il doit en tous cas servir à l'interpréter et à en combler les lacunes. Del Vecchio admet cependant que si le Juge constatait une contradiction irréductible



entre les deux ordres de règles, c'est au Droit positif qu'il devrait obéir, sans que pour cela les maximes du Droit naturel perdent leur vie et leur validité pour le Droit à venir.

Cette doctrine est d'un classicisme et d'une élévation dignes d'admiration.

On ne saurait trop louer non plus la parfaite clarté de la pensée et la simplicité de son expression. „Les jeunes gens doivent être avertis dès le principe que sans la précision des idées et de la langue, il n'y a pas de progrès possible dans l'étude du Droit“, dit l'auteur dans sa préface. C'est par l'exemple qu'il leur donne cette si utile leçon.

La traduction allemande m'a paru digne du texte original. C'est un plaisir de lire un allemand aussi accessible, élégant et limpide.

Ce livre a commencé par connaître tout le succès qu'il mérite: trois éditions italiennes depuis 1930, deux espagnoles, une française (Sirey 1936). On pouvait s'attendre à ce que la version allemande, dont nous rendons compte ici avec un retard involontaire que nous regrettons, obtienne la même faveur. Ne donne-t-elle pas sur l'auteur les notes biographiques suivantes: un volontaire décoré de la grande guerre, un professeur et un écrivain comblé d'honneurs, doyen dès 1930 de la Faculté de Droit de Rome, „den Deutschen ein Freund und hochverehrter Denker“!

Or, voici qu'aujourd'hui on affirme qu'il est impossible d'obtenir en librairie ce modèle des manuels d'étude, ni en Italie, ni en Allemagne . . .

F. Guisan.

**Schabinger Freiherr von Schowingen, Karl F. M.: Das sankt-gallische Freilehen.** Ein Beitrag zur Geschichte des Deutschen Grundeigentums. Diss. Heidelberg 1938. (Fehr'sche Buchhandlung) St. Gallen.

Zu der vorgenannten Arbeit brachten wir schon im 58. Bande (S. 375 f.) eine Rezension von Dr. K. S. Bader; ergänzend hiezuhin lassen wir eine weitere Besprechung hier folgen (Red.):

Es ist eine große Lücke in unserer schweizerischen Rechtsgeschichte, daß jede eingehendere Darstellung über lehnrechtliche Verhältnisse fehlt. Wir sind heute nicht imstande zu sagen, welchen Einfluß das deutsche Lehnrecht auf die Entwicklung in den einzelnen eidgenössischen Ständen ausgeübt hat. Und wir vermögen nicht entfernt festzustellen, ob es eine Art schweizerisches Lehnrecht gegeben hat, d. h. ob die lehnrechtlichen Normen in dem Gebiet der Eidgenossenschaft eine eigenartige, territoriale Ausgestaltung erfahren haben.

Dies zu ergründen wäre für unsere Rechtsgeschichte von hervorragender Bedeutung. Das Zusammenprallen demokratischer und feudaler Lebensformen näher zu analysieren, wäre außerordentlich reizvoll und könnte für die gesamte germanisch-deutsche Rechtsgeschichte von besonderem Werte sein.

Der Rechtshistoriker ist daher für jede Einzeluntersuchung im Gebiete des Feudalwesens in der Schweiz dankbar. Viele Bausteine schaffen schließlich das Gebäude. Und die vorliegende Studie darf als ein solcher Baustein angesehen werden.

Freiherr von Schowingen, dessen Geschlecht in der Fürstabtei St. Gallen seit dem Mittelalter verankert war, bietet uns eine sorgfältige Arbeit über das Freilehen der Abtei. Er hat nicht nur das Schrifttum, sondern auch weitgehend die Archivalien sorgfältig benutzt und die feudalrechtlichen Grundlagen nach verschiedenen Richtungen eingehend untersucht. Die Exkurse ständerechtlicher Art, z. B. über die Mittelfreien und deren Rechtsstellung, befriedigen weniger. Man kann dem Ergebnis zustimmen, daß das Freilehen das Lehen eines freien Vasallen war, das unmittelbar vom Fürstabt verliehen wurde und grundsätzlich frei blieb von Ehrschutz, Fall, Steuer, Abgaben, Dienst und Lehenzins. Es war ein Lehen höherer Ordnung und stand im Gegensatz zu den ehrschätzigen Lehen niederer Art. Man kann mit dem Verfasser sagen, daß die Freiheit des Freilehens vom Ehrschutz das Hauptkennzeichen des sankt-gallischen Freilehens war (32 ff.). Um die Steuerfreiheit des Lehens nachzuweisen, wird vor allem der große rheintalische Prozeß untersucht, der auch prozeßrechtlich gesehen von rechtsgeschichtlichem Interesse ist (S. 35—40). Der Rechtsstreit begann 1404 und dauerte länger als ein Jahrhundert! Schließlich wurde durch die eidgenössischen Sendboten der Abschluß eines Vergleiches erzielt. Es ist ja bekannt, wie stark die eidgenössischen Schiedsgerichte versuchten, auf dem Wege des Vergleiches die Streitigkeiten aus der Welt zu schaffen. So auch hier. — Für die werbende Kraft des großen sankt-gallischen Abts Ulrich VIII. mag es charakteristisch erscheinen, daß massenhafte Auftragungen freien Eigens zu Lehen stattfanden. Daß hier vielfach Zwang angewandt wurde, nehme ich auch mit dem Verfasser an.

So wurden viele neue sankt-gallische Freilehen geschaffen. Wir treffen demnach im sankt-gallischen Gebiet einen Feudalisierungsprozeß an in einer Zeit, in der das Lehnrecht schon stark im Schwinden begriffen war. Das ist sehr eigenartig und beweist eine bemerkenswerte Sonderentwicklung im Gebiete der alten Eidgenossenschaft. Prof. Hans Fehr, Bern.

**Die Rechtsquellen des Kantons Bern.** I. Stadtrechte. 2. Bd. Das Stadtrecht von Bern II. bearb. und hg. von Friedr. Emil Welti. (Sammlung schweiz. Rechtsquellen, hg. v. Schw. Juristenverein.) Aarau 1939 (H. R. Sauerländer & Co.).

Der vorliegende, von Dr. F. E. Welti mit gewohnter Sorgfalt und Sachkenntnis edierte Band zerfällt in zwei gesondert paginierte Teile, die beide für die Stadtrechtsgeschichte gleich bedeutsam sind. Im ersten Teile werden die im früheren Bande noch nicht publizierten Satzungen der Berner Handfeste publiziert, die aus einer vor einigen Jahren entdeckten Wiener Handschrift stammen und teilweise vom Berner Chronisten Konrad Justinger zu Beginn des 15. Jahrhunderts mehr oder weniger systematisch aufgezeichnet worden sind. Im zweiten Teile bringt der Herausgeber die noch unpublizierten Satzungen aus dem Berner „Stadtbuch“, dessen Einträge von Stadtschreiber Heinrich von Speichingen 1436 begonnen und von seinen Amtsnachfolgern fortgesetzt wurden. Beide Teile bringen interessante neue Einblicke in die älteste Stadtverfassung und das Stadtrecht und sind mit textkritischen Einleitungen und Anmerkungen des gelehrten Herausgebers versehen. H.

**Ganahl, Dr. Karl-Hans** (Innsbruck): **Muolen und Hagenwil.** S. A. aus: Mitt. des österr. Instituts für Geschichtsforschung. XIV. Ergänzungs-Band. Innsbruck 1939 (Univ.verlag Wagner), S. 323 ff.

Der Verfasser, auf dessen gelehrte Forschungen wir auch schon hingewiesen haben (vgl. Bd. 50 S. 305 f. und Bd. 58 S. 129) gibt hier eine Studie über zwei Dörfer, Muolen und Hagenwil, die einst abt-sanktgallisch waren (heute ist Hagenwil thurgauisch). Er stellt vorerst die seit dem 12. Jahrhundert bekannten Urkunden registerweise zusammen und gibt dann anschließend eine Untersuchung über die rechtshistorische Entwicklung, wobei er Gelegenheit findet, sich vor allem mit den Lehren des Stuttgarter Forschers Dr. Viktor Ernst auseinanderzusetzen, die für dieses rätische Gebiet nicht durchwegs passen. Durch solche Einzeluntersuchungen über einzelne Höfe und Dörfer werden wichtige Bausteine geliefert, die einst eine neu aufzubauende Lehre über die Entwicklung der Dorfverfassung werden stützen können (vgl. auch K.-H. Ganahl in seiner Rezension von M. Wellmer, ZRG [Savigny] Germ. Abt. LIX. 1939. S. 467 ff.). H.

**Obermaier, Hugo** (Prof., Freiburg i. Ü.): **Altsteinzeitliche Justizpflege.** (Mit Abbild. S.-A. aus „Paideuma“, Mitt. zur Kulturkunde, I. Heft 5, Nov. 1939, Leipzig.)

Der bekannte, früher in Madrid, nun in Freiburg i. Ü. tätige Prähistoriker Prof. Obermaier bringt in einem interessanten Aufsatz (Fritz Sarasin in Basel zum 80. Geburtstag gewidmet) Feststellungen über die allerälteste menschliche Justizpflege. In der ostspanischen Provinz Castellón wurden 1935 bemalte Felsüberhänge entdeckt; namentlich in der „Cova Remigia“ (Gasullaschlucht); daselbst wurden, allerdings in etwas beschädigtem Zustande, Malereien gefunden. Auf dem einen Bilde erheben zehn Kriegergestalten ihre Bogen und Pfeile, um ein vor ihnen liegendes, mit Pfeilen bespicktes Individuum zu töten. Auf einem zweiten Bilde derselben Felswand stehen ebenfalls fünf Gestalten, z. T. mit Bogen bewaffnet, vor denen ein von Pfeilen getroffenes menschliches Wesen liegt. Obermaier gibt die wohl zutreffende Deutung, daß es sich bei den dargestellten Tötungsszenen um Justizakte (Richtszenen) handelt, die an den unbewaffneten Opfern mit einem gewissen Schaugepränge vollzogen wurden, und zwar durch organisierte Kriegergruppen. Wir haben hier Denkmäler einer altsteinzeitlichen Rechtspflege, die vor etwa 15,000 Jahren mögen entstanden sein. His.

**Kroitzsch, Dr. Hans: Der Stand der Tapferen; der ungarische Vitéz-Orden.** Rechtsdarstellung und -vergleich. Heft 122 der Leipz. rechtswiss. Studien. Leipzig 1939 (Theod. Weicher). 55 S. Rm. 2.50.

Diese Arbeit befaßt sich mit einer juristisch und politisch interessanten Erscheinung. Anknüpfend an mittelalterliche Vorstellungen hat Admiral Horthy 1920 diese adelsähnliche Organisation als eine Gemeinschaft von streng auserwählten „Tapfern“ geschaffen. Die Mitglieder des Ordens sollen sich ganz dem Lande und dem Orden widmen und immer einsatzbereit sein; sie schulden ihrem Vorgesetzten unbedingten Gehorsam. Dafür erhält jeder Vitézmann ein Grundstück unentgeltlich verliehen und weitere Vorrechte im Staate. Die führenden Männer des Staates sollen womöglich dem Orden entnommen werden. Die Aufgaben des Ordens scheinen nicht näher umschrieben zu sein; er setzt sich ein für die Bekämpfung des Materialismus, die Reinhaltung der Rasse und Volksgemeinschaft (antisemitisch). Er will dem Staate einen neuen Führerstand stellen, außerhalb des traditionellen Adels. Seine Mitgliedschaft ist nicht geheim. Die ganze Organisation zeigt gewisse Anlehnung an nationalsozialistische Vorbilder, ist aber, besonders durch seine Verbundenheit mit Grundbesitz, der madjarischen Eigenart angepaßt. Die spärliche Literatur über diese soziale Erscheinung ist durch die vorliegende Arbeit in willkommener Weise bereichert. H.

**Schultheß & Co., Zürich, gegründet 1791. (1939.)**  
48 S.

Das in Juristenkreisen rühmlich bekannte Verlagshaus Schultheß & Co. in Zürich gibt eine Broschüre hinaus, die einen trefflichen Überblick gewährt über seine verdienstlichen juristischen Editionen und die Porträts zahlreicher Verfasser wiedergibt. Die juristische Abteilung ist 1821 von Friedrich Schultheß sen. gegründet worden und wird noch heute mit Erfolg von Herrn Dr. h. c. Hans Schultheß fortgeführt. Die Krone der Verlagswerke bildet wohl, neben der Juristenzeitung, der große Schultheß'sche Kommentar zum Zivilgesetzbuch und OR, denen sich nun der Kommentar zum neuen Strafgesetzbuch zur Seite stellt. H.

### Anzeigen.

Jaeger, Dr. C. (Bundesrichter): Verordnung des Bundesrates über vorübergehende Milderungen der Zwangsvollstreckung, vom 17. Oktober 1939. Mit einer Einleitung herg. Zürich 1939 (Orell Füssli Verlag). 59 S. Fr. 3.50.

Känzig, Dr. Ernst: Die Widerrechtlichkeit nach Art. 41 Abs. 1 des schweiz. OR, unter bes. Berücks. der Gründe für den Ausschluß der Rechtswidrigkeit. Berner Diss. Heft 152 d. Abh. z. schw. Recht. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 250 S. Fr. 8.—.

Renold, Dr. Henri: Die mittelbaren und die Folgeschäden bei der Feuerversicherung. Berner Diss. Heft 153 d. Abh. z. schw. Recht. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 110 S. Fr. 3.50.

Moser, Dr. Hans: Der Versorgerschaden nach schweiz. Obl.recht. Berner Diss. Heft 154 d. Abh. z. schw. Recht. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 101 S. Fr. 3.50.

Temperli, Dr. Hermann: Die rechtliche Natur der industriellen Pensionskassen nach schweiz. OR. Berner Diss. Heft 156 der Abh. z. schw. Recht, Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 89 S. Fr. 3.—.

Bürgi, Dr. W.: Ursprung und Bedeutung der Begriffe „Treu und Glauben“ und „Billigkeit“ im schweiz. Zivilrecht. Berner Habilitationsschrift. Heft 157 der Abh. z. schweiz. Recht. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 188 S. Fr. 6.—.

von Steiger, Dr. Fr.: Der Verwaltungsrat und sein Präsident, Aufgaben und Befugnisse. Sep.abdr. aus Die Schw. AG. Zürich 1939 (Polygr. Verlag AG.), Heft 4: Die AG. im neuen OR. 14 S. Fr. 1.50.

Mutzner, Dr. Rætus: Bundeszivilrecht und kantonales öffentliches Recht. Zürch. Diss. Heft 67 n. F. der Zürch. Beiträge z. Rechtsw. Aarau 1939 (H. R. Sauerländer & Co.). 89 S. Fr. 3.—.

Caga, Dr. Tahir: Konkurrenz deliktischer und vertraglicher Ersatzansprüche nach deutschem u. schweiz. Recht unter Berücks. des gemeinen Rechts. Zürch. Diss. Heft 68 n. F. der Zürch. Beitr. z. Rechtsw. Aarau 1939 (H. R. Sauerländer & Co.). 211 S. Fr. 6.—.

Herold, Peter: Geschichte des Zürcher Grundpfandrechts. Zürch. Diss. Zürich 1939 (AG. Gebr. Leemann & Co.). 142 S. Fr. 4.50.

Aubert, Dr. Charles: La liberté d'établissement des Confédérés; étude et critique de l'art. 45 de la C. F. Genève 1939 (Georg & Cie.). 243 p. Fr. 6.—.

Raadi-Adérakhchi, Dr. G.-A.: Contribution à l'étude de l'Enseignement supérieur en Droit public comparé. Préface de M. Albert Malche, prof. Genève 1939 (Georg & Cie.). 181 p. Fr. 5.—.

Heeb, Dr. Fritz: Der Begriff der Fabrik im schweiz. Fabrikarbeiterschutz. Zur Gestalt. des öff. Rechts im Interventionismus. Zürch. Diss. Heft 69 n. F. der Zürch. Beitr. z. Rechtsw. Aarau 1939 (H. R. Sauerländer & Co.). 183 S. Fr. 5.—.

Dürr, Dr. Karl: Die öffentliche Arbeitslosenversicherung in der Schweiz. Ihre rechtl. Ordnung u. ihr Verhältnis zum Fürsorgerecht. Berner Diss. Heft 151 der Abh. z. schweiz. Recht, hg. v. Guhl. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 108 S. Fr. 3.50.

Treyer, Dr. André: L'Impôt sur le Coupon dans la Législation Fédérale Suisse (Base constitutionnelle et organisation légale). Paris 1939 (E. de Boccard, édit.). 127 p.

Zwahlen, Henri (Prof., Lausanne): Le Jugement des Contestations administratives dans le Canton de Vaud. Extrait du Journal des Tribunaux. Lausanne 1939 (F. Rouge & Cie., éd) 22 p.

Berger, Dr. Hans: Die Stellung des Versicherten bei privaten Pensionskassen. Berner Diss. Heft 155 n. F. der Abh. z. schweiz. Recht. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 102 S. Fr. 3.50.

Felber, Dr. Rosmarie: Aufgeschobene und partielle Erbteilung nach schweiz. Recht. Berner Diss. Heft 158 n. F. d. Abh. z. schweiz. Recht. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 89 S. Fr. 3.—.

Lanz, Dr. Ernst: Die Stellung des Verteidigers im bernischen Strafverfahren. Berner Diss. Heft 159 der Abh. z. schweiz. Recht n. F. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 165 S. Fr. 5.50.

Petermann, Dr. Roland: Die Berechtigung der politischen Parteien in der Demokratie. Berner Diss. Heft 160 der Abh. z. schweiz. Recht n. F. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 64 S. Fr. 2.20.

Schultz, Dr. Hans: Der gerichtliche Vergleich, unter bes. Berücks. d. bern. ZPO v. 1918. Berner Diss. Heft 161 der Abh. z. schweiz. Recht n. F. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 180 S. Fr. 6.—.

Spillmann, Dr. Max: Bestandsübertragung und Fusion von Versicherungsaktiengesellschaften und ihre Wirkungen auf bestehende Vers.- u. Rückvers.verträge nach schweiz. Recht. Berner Diss. Heft 162 der Abh. z. schweiz. Recht n. F. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 161 S. Fr. 5.50.

Hagmann, Dr. Werner: Das Mitwirkungs- und Eingriffsrecht des Richters im Bereiche der Aktiengesellschaft. Berner Diss. Heft 163 der Abh. z. schweiz. Recht n. F. Bern 1939 (Stämpfli & Cie.). 121 S. Fr. 4.50.

Goldschmidt, Dr. Rob., (Priv.-Doz., St. Gallen): Die Rechte des Wechselnehmers auf die Deckungsforderung im neuen schweiz. u. ital. Wechselrecht. Ein rechtsvergl. Beitrag zur Lehre vom Sicherungsgeschäft. Basel 1939 (Verl. für Recht u. Gesellschaft AG.). 127 S.

Müller, Dr. Reinhard: Studien zum Inzichtverfahren nach bayrischen Quellen. Heft 115 der Leipz. rechtswiss. Studien, hg. v. d. Juristenfakultät. Leipzig 1939 (Theodor Weicher). 107 S. Mk. 5.—.

Jentsch, Dr. Hans: Die Entrichtung von den Einzeltatbeständen des Deliktsrechts zur Generalnorm und die Berechtigung einer solchen. Dogmengeschichte u. rechtspolit. Bewertung. Heft 117 der Leipz. rechtsw. Studien. Leipzig 1939 (Th. Weicher). 49 S. Mk. 2.50.

Petschow, Dr. Herbert: Die neubabylonischen Kaufformulare. Heft 118 der Leipz. rechtsw. Studien. Leipzig 1939 (Theodor Weicher). 74 S. Mk. 3.—.

Bechert, Dr. Rud. (München): Rechtsgeschichte der Neuzeit. 23. Bd. 2. Teil von Schaeffers Grundriß des Rechts u. d. Wirtschaft. Leipzig 1939 (W. Kohlhammer, Abteilung Schaeffer). 73 S. Mk. 1.80. (Ausgesprochen nationalsozialistisch eingestellt.)

Nagel, Dr. Heinrich: Die Sicherungsverwahrung in ihren Voraussetzungen. Nach deutschem, schwed., norweg. u. dän. Recht vergleichend dargestellt. Seestadt Rostock (Carl Hinstorffs Verl.). 93 S. Rm. 3.75.

Huber, Ernst Rudolf (Prof., Leipzig): Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches. 2. stark erweiter. Aufl. der „Verfassung“. 1939 (Hanseat. Verlagsanst. Hamburg) 527 S. Rm. 9.50.

Sohm, Dr. Charlotte: Die unbestimmte Verurteilung in Preußen unter der Herrschaft des Allg. Landrechts. Heft 119 der Leipziger rechtswiss. Studien, hg. v. d. Leipz. Jur.-Fak. Leipzig 1939 (Theodor Weicher). 91 S. Rm. 4.—.

Molitor, Erich (Prof., Greifswald): Vom Wesen des Handwerks. Nr. 80 der Arbeiten z. Handels-, Gewerbe- u. Landwirtschaftsr., hg. v. E. Heymann (Berlin). Marburg a. d. L. 1939 (N. G. Elwertsche Verlagsbuchh. G. Braun). 100 S.

Bader, Dr. Karl Siegfried: Probleme des Landfriedensschutzes im mittelalterl. Schwaben. Sep.-Abdr. aus Zeitschr. f. württemberg. Landesgesch. III. Jahrg. 1939. Stuttgart 1939 (W. Kohlhammer).

Sonderheft z. d. Verhandlungen des Schweizer. Vereins für Straf-, Gefängniswesen und Schutzaufsicht, n. F. Heft 19: Strafvollzug, sichernde Maßnahmen und Schutzaufsicht nach dem Schweiz. Strafgesetzbuch. Referate von Bundesanwalt Stämpfli, Prof. Delaquis, Ständerat Fréd. Martin, Inspektor Lang, nebst Voten der Generalversammlung v. Mai 1939. Aarau 1939 (Sauerländer). 170 S. Fr. 2.—.

Aargau. Rechenschaftsbericht der Justiz- u. Polizeidirektion für das Jahr 1938.

Fribourg: Extraits des principaux Arrêts rendus par les diverses sections du Tribunal cantonal en 1936 et 1937. Fribourg 1939 (Impr. Fragnière frères).



Handelsrechtliche Gesetze (deutsche), HGB, Akt.G., G. m. b. H., GenG, HRV, WechsG, ScheckG, BinnenschG, GüterfernverkehrsG, mit den wichtigsten Ergänzungsgesetzen usw. Textausgabe mit kurzen Anm. von Dr. Otto Lenz. Stuttgart u. Berlin (W. Kohlhammer Verl.). 1070 S. Rm. 5.80.

Studi di diritto industriale. Anno XVII N. 3 e 4. Indici. Roma („Foro Italiano“).

Ricca-Barberis, Mario (prof., Torino): La garanzia per evizione nella permuta. Torino 1939 (Memorie dell'Istituto giuridico della R. Università, serie II. mem. XL). 30 p.

Gennaro Escobedo: Il nuovo Codice penale svizzero. S.-A. aus „La Giustizia penale“, parte II, anno XLV (1939). Città di Castello („Leonardo da Vinci“) 1939.

Challand, Albert (Bern): Le linge sale de Thémis. De l'industrie du divorce et de quelques autres abus. Bibliothèque de l'Artistocratie (Cahiers mens.) Paris VII. (René Debresse). 68 pag. (enthält eine literarische Kritik der Scheidungspraxis in Bern und Zürich).

---

